

Presseinformation

Wiesbaden, den 28. September 2010

Nr. 336

Fachtagung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Minister Jörg-Uwe Hahn: „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen aus einigen Herkunftsländern ist ein drängendes und ernst zu nehmendes Thema. Wirksame Integrationspolitik ist ein wichtiger Beitrag zur Prävention von häuslicher Gewalt in Migrantenfamilien.“

„Hessen bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt schon immer Vorkämpfer“

Wiesbaden/Frankfurt am Main – Auf der heutigen Fachtagung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt zum Thema „Häusliche Gewalt im Kontext von Migration“ wies der Hessische Minister der Justiz, für Integration und Europa, **Jörg-Uwe Hahn**, darauf hin, dass häusliche Gewalt kein ausschließliches Problem in Familien mit Migrationshintergrund sei. Dennoch seien die Ergebnisse einer Studie des Bundesfrauenministeriums zu diesem Thema alarmierend. „Besonders Frauen mit türkischem Migrationshintergrund sind danach prozentual doppelt so häufig von körperlicher oder sexueller Gewalt durch den aktuellen Partner betroffen wie Frauen deutscher Herkunft.“ Ferner sei die Anzahl der Übergriffe, die Schwere der Gewalttaten und die Kontrolle der Partnerinnen stärker ausgeprägt als bei Frauen deutscher Herkunft, so Minister Hahn weiter.

Hier gelte es, die Gründe nicht in der nationalen Herkunft zu suchen, sondern Risikofaktoren heraus zu arbeiten, die Gewalt in der Partnerschaft begünstigen und im Durchschnitt in Migrantenfamilien häufiger vorkommen können. Dies könnten schwierige soziale Lebensumstände,

erhöhte Abhängigkeitsverhältnisse in Paar- und Familienbeziehungen und mangelnde Sprachkenntnisse sein. Diesen Ursachen von häuslicher Gewalt könne durch eine wirksame Integrationspolitik vorgebeugt werden.

Der Minister unterstrich die Anstrengungen der Landesregierung, eine „Kultur des Willkommens“ zu schaffen, die zum Ziel habe, Zuwanderer als echten Teil der Gesellschaft zu akzeptieren und das Zugehörigkeitsgefühl auf beiden Seiten zu stärken. Nur so sei eine Eingliederung in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt möglich. Voraussetzung sei, dass sich Migrantinnen und Migranten auf die festen Regeln der Toleranz und Menschenwürde der mitteleuropäischen Gesellschaft einließen.

Der Justizminister erinnerte daran, dass sich Hessen als einer der ersten Bundesländer schon in den 90iger Jahren der Bekämpfung der häuslichen Gewalt ausgenommen habe, bis zur konkreten Aufnahme in das Polizeigesetz.

Abschließend zeigte sich Hahn überzeugt, dass Gewalt als Thema nicht heruntergespielt werden dürfe. „Gewalt ist nicht tolerierbar. Sie darf nicht hingenommen werden, in Migrantenfamilien genauso wenig wie in deutschen Familien. Gewalt muss sichtbar gemacht werden, damit sie verhindert und bekämpft werden kann. Nur so können wir den Betroffenen wirksam und nachhaltig helfen und staatlichen Schutz bieten. Grundrechte, wie Menschenwürde und Gleichberechtigung, müssen von allen Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, akzeptiert, gelebt und in der Erziehung den Kindern vermittelt werden“, so der Minister weiter. „Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Prävention von häuslicher Gewalt.“